



Hartz IV in rosa-grün

Die Wirklichkeit hat Darmstadt eingeholt

Seit Mai 2005 gibt es in Darmstadt die ARGE, eine von der Agentur für Arbeit und der Stadt Darmstadt ins Leben gerufene Arbeitsgemeinschaft. Sie trägt für die organisatorische Umsetzung der unsozialen Hartz IV-Gesetze vor Ort die Verantwortung.

In den Sozialausschusssitzungen des Stadtparlaments, denen in der Regel eine Bürgerfragestunde vorangeht, nimmt der Geschäftsführer der ARGE, Günter Eidmann, Stellung zu den Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Hartz IV. In diesen Sitzungen werden nicht die wirklichen Probleme der Erwerbslosen erörtert: Weder werden die fehlenden Arbeitsplätze, noch wird die Höhe des Arbeitslosengeld-II-Regelsatzes von 345,- Euro, der ein Leben an der Armutsgrenze bedeutet, thematisiert. Vielmehr bewerten der Sozialausschussvorsitzende Jochen Partsch (Grüne) und Bürgermeister Wolfgang Glenz (SPD) die Selbstverständlichkeit der mehr oder minder funktionierenden ALG-II-Auszahlung an die Erwerbslosen, bereits als Erfolg. Aber die ARGE-Darmstadt kommt jetzt erst „richtig in Schwung“ (Südhessen-Woche, 22.12.2005): Bis November letzten Jahres wurden sage und schreibe „330 Menschen in Arbeit vermittelt“

(Darmstädter Echo, 10.01.2006) und das bei einer Arbeitslosenquote von 11,6 % - so hoch wie noch nie. Das sind 8.573 erwerbslose Menschen in Darmstadt (2.722 erhalten ALG I und 5.851 ALG II). Von den 6.041 Bedarfsgemeinschaften (11.428 „Leistungsempfänger“) beziehen 7.981 ALG II und 3.447 Sozialgeld. Im Januar 2006 kamen für den Bezirk der Agentur für Arbeit die ehemaligen „Opelner“ dazu, allein in Darmstadt 1.000 Arbeitslose (Pressemitteilung der Agentur für Arbeit Darmstadt, Stand 31.01.06). Demnächst kommen dann wohl 1.500 Telekom-Mitarbeiter hinzu.

Doch die Rekordarbeitslosigkeit in Südhessen und Region Starkenburg ist nichts Neues. Sie entwickelte sich stetig von 2001 mit 29.001 Erwerbslosen bis 2005 auf 46.966 Menschen. Auch bei den Jugendlichen ist die Arbeitslosigkeit gravierend: 5.769 Jugendliche, davon 1.320 unter 20 Jahren, waren Ende Dezember 2005 im Agenturbezirk erwerbslos.

Herr Eidmann erläuterte in der Sozialausschusssitzung am 07.02.2006, dass die ARGE permanent mit internen Problemen zu kämpfen hat. Sei es eine stattliche Anzahl von neuen Mitarbeitern, die erst „geschult“ werden müssen, sei es das plötzli-

Fortsetzung auf Seite 2...

Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter,

mit Wirkung vom 01.01.2006 wurde die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt in Stadtverordnetenfraktion Linkspartei - DIE LINKE DARMSTADT umbenannt.

Die Fortsetzung der gemeinsamen Fraktion von PDS und DKP über die kommenden Kommunalwahlen hinaus war aufgrund der politischen Entwicklung vor und nach der Bundestagswahl und der Umbenennung der PDS in „Die LINKE“ nicht mehr möglich.

In den vergangenen Monaten gab es intensive Bemühungen zu den Kommunalwahlen im März 2006 in Darmstadt eine breite linke Liste zu bilden. Leider ist dies gescheitert. Im Ergebnis bedeutete dies, dass Linkspartei und WASG in Darmstadt mit eigenen Listen zu den Kommunalwahlen antreten.

weiter auf Seite 8...



Rainer Keil, Stadtverordneter der Fraktion DIE LINKE. DA Vorsitzender der DKP Darmstadt

Wie wohl die Meisten mitbekommen haben heißt die PDS seit Mitte 2006 Linkspartei.

Dies wurde Anfang 2006 zum Anlaß genommen auch unsere Fraktion um zu benennen.

Aus PDS/DKP-OL wurde DIE LINKE.Darmstadt



Aus dem Inhalt:

Marienplatz	S.2
Westwald	S.3
Bilanz unserer Arbeit	S.4
JuKuz Brief an Süßmuth	S.5
Hindenburgstraße	S.7
Abschiebung Fam. Gözel	S.8

Marienplatz**Filetstück als Gulasch**

Das letzte große Trümmergrundstück in Darmstadt, ein wahres Filetstück, will die Stadt nun verkaufen. Statt mit Erbbaupacht in ferner Zukunft wieder darüber verfügen zu können, wird die schnelle Kasse gewählt: 7,225 Millionen Euro für 14.451 m², also 500 Euro je m². Das ist sehr günstig für dargestellte Nutzung und Geschossflächen. Der Preis verhöhnt aber nachträglich die Stadtkämmerer, die in früheren Haushalten 20 Millionen Euro als Wert eingestellt hatten und so das Kunststück fertig brachten ausgeglichene Haushalte vorzulegen. Wenn wenigstens Wohnungen

daraus würden. Gerade einen Block wird der Bauverein errichten dürfen. Das Gros ist Ärztehaus, Geschäften, Büros und Seniorenwohnheim zgedacht. Als ob nicht genug Büro- und Geschäftsflächen in der Innenstadt schon leer stünden, so gerade auch in der Neckarstrasse ! Andererseits sind 2000 Haushalte bei der Stadt als Wohnung suchend gemeldet, die meisten Familien mit Kindern. Das sind sechs- bis siebentausend Menschen ! In Darmstadt ist die Quote der Arbeitslosen mit 11,4% höher als der Anteil der Sozialwohnungen (7,2%).

Fortsetzung auf Seite 6...

...Fortsetzung von S.1 "Die Wirklichkeit.."

che und unerwartete Ausscheiden der stellvertretenden Geschäftsführerin der ARGE, Frau Kraus-Weber, oder die in der Presse sattsam dargestellten Schwierigkeiten mit alten und neuen Softwareprogrammen.

Eidmann führte weiterhin aus, dass der Verwaltungshaushalt der ARGE in Höhe von sechs Millionen Euro für 2005 zu 100 Prozent verausgabt wurde. Der Etat für Eingliederungsmaßnahmen wie Zuschüsse, Einstiegsgeld oder berufliche Weiterbildung aber nur zu 40 Prozent.

„Die Wirklichkeit am hart umkämpften Arbeitsmarkt hat uns eingeholt.“ So äußerte sich der neue von der Bundesagentur für Arbeit abgestellte stellvertretende Geschäftsführer der ARGE Darmstadt, Stefan Reiß (Darmstädter Echo, 10.01.2006). Diese Wirklichkeit spüren die Erwerbslosen schon seit Jahren am eigenen Leib.

Und so zeigt die Aufforderung des Fraktionsvorsitzenden der Grünen, Jochen Partsch, die Erwerbslosen sollten jetzt endlich auch gefordert und nicht immer nur gefördert werden, wessen Geistes Kind die rosa-grünliche Sozialpolitik in Darmstadt ist. Sie ist Ausdruck der von allen bürgerlichen Parteien mitgetragenen und zu verantwortenden Politik des massivsten Sozialabbaus seit Bestehen der BRD.

Die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste und jetzt Die LINKE hat durch zahlreiche Anfragen und Anträge permanent den Finger in die Wunde gelegt. Seien es Fragen und Anträge zu Ein-Euro-Jobs, zu Unterkunfts- und Heizkosten, oder zur möglichen Einrichtung eines „Ermittlungsdienstes gegen Leistungsmissbrauch“. Wir wollen und werden auch weiterhin für Öffentlichkeit sorgen. Aber es bedarf der Initiative der Erwerbslosen, um die unsozialen Hartz IV-Gesetze und ihre Rechtfertiger und Verteidiger ins Wanken zu bringen.

**Verena Hoppe und
Frank Gerfelder-Jung
Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE.DA
Sie sind Mitglieder der WASG**

**Kurz berichtet 1****Für höhere Heizkostenpauschale**

Unsere Fraktion hat beantragt zu überprüfen, ob Bezieherinnen und Bezieher von ALG 2 oder Sozialhilfe, die in besonderer Weise von hohen und weiter steigenden Energiekosten betroffen sind, eine zusätzliche finanzielle Hilfe gewährt werden kann.

Dieser Antrag sollte unserer Ansicht nach zunächst im Sozialausschuss diskutiert werden.

Bedingt durch die Preistreuepolitik der großen Energiekonzerne sind aktuell massive Verteuerungen der Gas- und Strompreise angekündigt worden und teils schon Realität.

Die Stadt Darmstadt zahlt Heizkosten nur bis zu einem Maximalbetrag von 1,02 Euro pro Quadratmeter. Höhere Rechnungen werden nur in den ersten sechs Monaten des Bezugs gezahlt, danach müssen über diese Grenze hinausgehende Beträge vom knappen Regelsatz bestritten werden.

Die bei den Stromkosten angekündigten Erhöhungen wirken sich faktisch als Regelsatzkürzung aus. Verstärkt zu beobachten ist auch, dass Vermieter die Nebenkostenvorauszahlungen anheben.

Dem kann nur durch eine einmalige Sonderzahlung oder einer angemessenen Erhöhung der monatlichen Zahlungen entgegengewirkt werden.

Der Sozialausschuss verwies den Antrag in geschäftsordnungsgemäße Behandlung.



Bericht eines in Darmstadt Geborenen

Westwald ade?

Die Waldkolonie ist westlich der Dornheimer Brücke durch die Ansiedlung von Bahnarbeitern entstanden. Hinzu kam die „Frontkämpfersiedlung“ an der Michaelisstraße.

Mein Großvater wohnte zuerst in der Bahnsiedlung am Dornheimer

Kanalüberlauf in dem schon arg gebeutelten Wald laufen zu lassen. Ich habe das als Heranwachsender erfahren müssen. Auf der Südseite der Rheinstrasse lief das Abwasser hinter den alten Schießständen einfach in den Wald. In der Verlängerung des Dornheimer Weges



Weg und arbeitete als Lokschlosser.

Lange ist es her, da nannte sich Darmstadt stolz „die Stadt im Walde“. Die Technische Universität und der Jugendstil folgten, Darmstadt wurde nun die „Stadt der Künste“ genannt.

Heute nennt sich Darmstadt „Wissenschaftsstadt“ und feiert sich als Tor zum Weltraum. Das Wissen um die Erhaltung unserer biologischen Umwelt zum Nutzen vieler Generationen ist dabei aber offenbar auf der Strecke geblieben. Eines der schlimmsten Beispiele für Naturzerstörung durch Gedankenlosigkeit, Ignoranz, willfährige Industriepolitik und falscher Fortschrittsgläubigkeit kann jetzt besichtigt werden, westlich des Hauptbahnhofes bis Weiterstadt und Büttelborn.

Der Wald ist in riesigen Flächen tot. Ein Bild als hätten die verheerenden Bombenangriffe auf Darmstadt viele Jahrzehnte später den Westwald getroffen.

Noch vor gar nicht allzu langer Zeit konnten es sich politisch Verantwortliche erlauben Abwässer und

roch es nach Fäkalien und Kot, Toilettenpapier waren nicht zu übersehen. Hinter dem Überlauf am Dornheimer Weg hing es, besonders nach starken Regenfällen, überall in den Büschen. Nach vielen Jahrzehnten sollte sich das ändern. Leider zu spät für den Wald.

Ich habe die Zeit genossen, als die einzige Autobahn (A5) noch zu Fuß überquert werden konnte. Da war der Westwald noch ein Paradies für uns Kinder und die dort lebenden Kinder.

Nach dem Krieg wurde über Jahrzehnte für die aufstrebende Industrie immer mehr Wasser aus dem Boden gepumpt, der Grundwasserbestand sank rapide ab, die Wurzeln der Bäume standen im Trockenen.

Westlich der A5 gab es trotz des Sandbodens einen natürlichen Teich mit Fischbesatz. Der wurde unter dem Ausbau des Darmstädter Kreuzes und der zweiten Autobahn begraben. Die zunehmenden Luftschadstoffe haben dem verdurstenden Wald den Rest gegeben.

Kurz berichtet 2 Kinderstadtplan

Im Jahr 2001 wurde mit der Magistratsvorlage 107 über das Vorhaben der Erstellung eines „Kinderstadtplanes“ berichtet und weitere Maßnahmen beschlossen. Es sollte nach anderen Möglichkeiten der Finanzierung gesucht werden. Unsere Fraktion erkundigte sich nach dem Stand der Umsetzung und den vom Magistrat entwickelten Finanzierungsalternativen. Reaktion bei Redaktionsschluss noch keine.

Finanzbericht 2005

Wir erhielten im Haushaltsjahr 2006 insgesamt 5220 Euro Fraktionsgelder. Das heißt zwölf Monate à 435 Euro. Dazu kommen noch jährlich 960 Euro anteilige Bewirtschaftungskosten (Strom, Heizung) für ein Arbeitszimmer, dass zu 70 % Prozent für die Arbeit der Stadtverordnetenfraktion genutzt wird. Außerdem erhielten wir monatlich 50 Euro Zuschuss für Telekommunikation. Macht zusammen 6780 Euro.

Ausgaben hatten wir folgende: 1641,79 Euro für Büro- und Kopierbedarf, Portokosten, Fachliteratur. 298,00 Euro Raummieten und Raumunterhaltung, Kosten für Sitzungen. 3734,58 Euro gaben wir für Öffentlichkeitsarbeit, Internetbetreuung, Fraktionszeitung sowie eine Veranstaltung mit Hannes Heer im Justus-Liebig-Haus aus. Rainer Keil erhielt als Stadtverordneter eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 4020 Euro. Diese Entschädigung wurde nicht in die eigene Tasche gesteckt. PDS Darmstadt Odenwald und die DKP Darmstadt-Dieburg erhielten jeweils 1950 Euro, um die politische Arbeit der beiden Parteien zu fördern.

Heute wird von politisch Verantwortlichen immer gerne auf den ach so schädigenden Schädlingbefall verwiesen. Ich weiß, der Westwald hat in Vergangenheit schon sehr starken Maikäferfraß überlebt. Nur war damals sein Immunsystem noch intakt. Die Käfer vielen in Massen von den Bäumen und die Eier der freilaufenden Hühner meiner Großmutter schmeckten

Fortsetzung auf Seite 8...

Eine Bilanz unsere Arbeit

Geschichtsklitterung durch den Oberbürgermeister

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat sich mit einer kleinen Anfrage nach dem aktuellen Bearbeitungsstand einiger von uns eingebrachter Anträge erkundigt.

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, das eine Reihe von Anträgen mittlerweile von der Verwaltung umgesetzt und auf den Weg gebracht worden sind.

1. Wanderausstellung "Lebensunwert - zerstörte Leben"

Wir hatten im Mai 2004 beantragt, diese Ausstellung, die sich mit der Geschichte zwangsterilisierter und "euthanasie"- geschädigter Menschen im Faschismus befasst, auch nach Darmstadt zu holen.

Die Stadt will mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten" sowie der Geschichtswerkstatt Kontakt aufnehmen und zusammen die Betreuung und Durchführung der Ausstellung betreiben. Als Termin wurde November 2006 genannt, Ort wird das Vestibül des Hauses der Geschichte sein.

2. Info-Blatt zur städtischen Haushaltslage

Schon im Mai 2002 beantragte unsere Fraktion eine Bürgerinformation über die aktuelle Finanzlage der Stadt.

Die Kämmerei will jetzt eine Internetpräsentation der wichtigsten Haushaltsdaten vornehmen. Die technischen Vorbereitungen sind abgeschlossen, die Umsetzung soll in Kürze erfolgen.

Die Intention unseres Antrages war ursprünglich ein Info-Blatt für alle Haushalte. Daran sollte unserer Meinung auch weiter gearbeitet werden, da nicht alle Haushalte in Darmstadt Zugang zum Medium Internet haben. Ob das von der Kämmerei geplante Vorhaben dem von uns gewollten Schritt eines bürgerlesbaren Haushaltes nahe kommt, wird zu beurteilen sein. Immerhin ist die jetzt beabsichtigte Umsetzung unseres Antrages ein Schritt in die richtige Richtung.

3. Stadtteilplan für Kranichstein

Die Verwaltung teilt mit, dass die Bemühungen der Deutschen Städte Medien GmbH eines werbe-

finanzierten Schaukastens mit Stadtteilplan zu keinem Ergebnis geführt haben. Es soll jetzt geprüft werden, ob aus Mitteln der "Sozialen Stadt" ein solcher Schaukasten mit Stadtteilplan ermöglicht werden kann.

Wir hoffen diese Prüfung dauert nicht noch mal vier Jahre. Unser Ursprungsantrag wurde im Juni 2001 eingebracht.

4. Situation illegalisierter und von Illegalisierung bedrohter Menschen in Darmstadt

Die Verwaltung hat mit Magistratsvorlage 0608 vom 28.09.05 unseren im Dezember 2004 angenom-



**Konrad Weigel,
Widerstandskämpfer und
Kommunist**

menen und leicht veränderten Antrag umgesetzt. Leider war unsere ursprüngliche Forderung nach einer eigenen Studie zu diesem Thema aus Kostengründen nicht durchsetzbar.

Wichtige Ergebnisse sind:

Bei wichtigen Änderungen bezüglich der Situation von nicht-registrierten Zugewanderten soll der Magistrat durch das Interkulturelle Büro informiert werden.

Von Seiten des Interkulturelle Büros soll in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt und der Sozialverwaltung sowie in Abstimmung mit anderen Fachämtern die Einrichtung eines Spendenfonds für Nicht-Versicherte sowie eines entsprechenden Beirates unter Hinzuziehung der Kirchen und der Mitwirkung von Krankenkassen geprüft

werden.

Im Einvernehmen mit dem Staatlichen Schulamt sollen die Schulleitungen von Seiten des Schuldezernats bezüglich der Situation von Eltern und Kindern ohne rechtmäßigen Aufenthalt informiert werden.

Der Magistrat soll das Thema des kommunalen Umgangs mit zugewanderten Personen ohne Aufenthaltsstatus in den entsprechenden Gremien des Hessischen und Deutschen Städtetags einbringen und die Darmstädter Beschlusslage erläutern. Die Stadtverordnetenversammlung soll nach 6 Monaten durch den Magistrat über die vorliegenden Ergebnisse informiert werden.

5. Ruhebänke und Km-30-Ausschilderung in der Borsdorffstraße

Auf unseren Antrag hin wurden auf der Fahrbahn auf der Höhe Wohnpark Kranichstein und der neuen Kindertagesstätte Km-30-Markierungen auf der Fahrbahn angebracht. Ruhebänke sollen in der Hammesltrift und an der ehemaligen Bushaltestelle An der Schleifmühle angebracht werden. Wir hoffen, dass die praktische Umsetzung zügig in Angriff genommen wird.

6. Sozialpass in Darmstadt

Mit Antrag vom 09.05.2005 wurde der Magistrat beauftragt, eine Konzeption für einen "Darmstadt-Pass" zu prüfen. Sinn des Passes sollte es sein, Menschen mit geringem Einkommen (Bezieher von ALG II und Sozialgeld) und erstem Wohnsitz in Darmstadt die Möglichkeit zu geben, verbilligt kulturelle Veranstaltungen und andere städtische Angebote zu nutzen.

Dazu gehören die städtischen Museen, das Staatstheater, Vivarium, Hallen- und Freibäder, Eissporthalle, die Stadtbibliothek, Ausstellungen auf der Mathildenhöhe und weitere noch zu definierende Angebote.

Die Stadt sieht aufgrund der angespannten Haushaltslage keine Möglichkeit einen solchen

Fortsetzung auf Seite 5...

...Fortsetzung von S.4 "Bilanz"

"Darmstadt-Pass" einzuführen und verweist auf andere freiwillige Leistungen.

Es ist bezeichnend für die Politik der Rot-Grünen Stadtregierung, dass sie in diesen Bereichen keinen finanziellen Handlungsspielraum sieht, auf der anderen Seite aber weiter an Prestigeobjekten festhält.

7. Ehrung für Konrad Weigel

Zur Behandlung unseres Antrages bezüglich der Ehrung für den Darmstädter Antifaschisten Konrad Weigel haben wir von Oberbürgermeister Walter Hoffmann einen Zwischenbericht erhalten.

Dieser Zwischenbericht ist historisch fragwürdig und in einzelnen Passagen mehr als skandalös.

Ein Mensch, der 1933 wegen seiner Tätigkeit als Funktionär des "Kampfbundes gegen den Faschismus" in Schutzhaft genommen wurde, der deswegen zu drei Jahren und drei Monaten Zucht-

haus verurteilt wurde, der dadurch seine Arbeitsstelle, sein Umfeld, seine Familie verlor und der später erneut wegen Hochverrats an der Nazidiktatur zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt wurde ist laut Oberbürgermeister kein "richtiger" Widerstandskämpfer. Die derzeitige Quellenlage lasse keine fundierten Rückschlüssen auf einen "Widerstandskämpfer Konrad Weigel" zu. Aus den Unterlagen des Volksgerichtshofes lasse sich "ein aktiver Widerstand gegen das NS.-Regime kaum schlussfolgern", eher die Tatsache, dass Weigel nach wie vor für die Ziele seiner Partei arbeitete. Konrad Weigel wurde wie Heß, Weis, Fröba und Fillsack vom Volksgerichtshof "wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Feindbegünstigung" angeklagt. Worin bestanden diese nach der Meinung des Gerichtes? Es sei von Fröba versucht worden "im Jahre 1942 bis zu seiner Fest-

nahme Anfang 1943 in Darmstadt eine kommunistische Organisation aufzuziehen ...und [er habe] dadurch den Hochverrat vorbereitet und Feindbegünstigung begangen". Weigel habe "an der Vorbereitung des Hochverrates durch Fröba mitgearbeitet". Es war also gerade die Bildung der kommunistischen Organisation, die von dem Nazigericht als Widerstand gegen das Regime gewertet wurde, und gerade hier versucht Walter Hoffmann die Widerstandstätigkeit Weigels in Frage zu stellen.

Wir werden diesen Zwischenbericht zum Anlass nehmen, mit eigenen Dokumenten und Beiträgen der vom Oberbürgermeister Hoffmann unterzeichneten Geschichtsverkürzung entgegenzutreten.

Rainer Keil

Brief an Rita Süßmuth

Neuer Standort für Polen-Institut?

Brief an Rita Süßmuth
Neuer Standort für Polen-Institut?

Nachdem die Arbeitsgruppe Standortsuche keinen geeigneten Ersatzstandort für das JuKuZ Oetinger Villa gefunden hat, rückt unserer Ansicht nach die Option Ersatzstandort für das Deutsche Polen Institut wieder ins nähere Blickfeld - eine Option, die unsere Fraktion schon seit Beginn der Diskussion gefordert hat.

Wir haben uns daher mit einem Brief an die neue Präsidentin des DPI, Frau Prof. Dr. Rita Süßmuth, gewandt und dort den Alternativstandort Schloss und notwendige Zwischenlösungen vorgestellt und um Unterstützung und ein Gespräch gebeten.

„Wie Sie sicherlich wissen sind in Darmstadt wegen des geplanten Umzugs des DPI in die Räume der Oetinger Villa die Wogen sehr hoch geschlagen. Eine Arbeitsgruppe des Magistrats zur Findung eines alternativen Standortes für das Jugend- und Kulturzentrum (JuKuZ) und des städtischen Jugendhauses, die zur Zeit ihre Heimat in der Oetinger Villa haben, war wenig erfolgreich. Dies war abseh-

bar. Wir haben natürlich Verständnis für die Belange des DPI, vor allem wegen des stetigen Wachsens der Bibliothek benötigt Ihr Institut mehr Raum. Der Flächenbedarf und eine vorzeigbare Umgebung sind ebenfalls Gesichtspunkte eines neuen Standortes.

Leider neigte unser letztes Stadtoberhaupt zu Entscheidungen abseits der städtischen Gremien. Einer der einsamen Beschlüsse betraf das Anbieten der Oetinger Villa. Nun erscheint es schwierig, ohne Gesichtsverlust hiervon wieder abzurücken.

Wir meinen, es ist es nötig, über den Tellerrand einer isolierten Betrachtung zu schauen, um frühere Aussagen zu überdenken. Die Rollen des JuKuZ auch für die überregionale alternative Kulturszene und des oft unerwähnten Jugendzentrums in der Oetinger Villa wurden ausreichend gewürdigt", heißt es in unserem Schreiben.

Wir schlugen als Alternativstandort das Schloss vor und boten ein Gespräch an.

Leider ging Frau Süßmuth in Ihrem Antwortschreiben vom

17.01.2006 nicht auf dieses Gesprächsangebot ein und verwies auf die zuständigen Gremien der Stadt Darmstadt.

In der Sozialausschusssitzung am 07.02.06 wurde vom zuständigen Dezernenten Wolfgang Glenz nun eingeräumt das die Option Alternativstandort für das Deutsche Polen Institut wohl auch von den Stadtverantwortlichen als reelle Alternative gesehen wird. Über den Stand der Gespräche mit dem DPI wollte Glenz nichts verlautbaren lassen. Die jetzt gefundene Lösung mit Ringtausch, Alternativstandort für das DPI und Verbleib des JuKuZ wird von uns begrüßt.

Herwig Meyer

Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE.DA

Mitglied der Linkspartei



...Fortsetzung von S.3 "Westwald"

ganz eklig nach Maikäfer. Mit aggressivem Abwasser, Grundwasserentzug und Betonierung war die Folter des Westwaldes noch nicht beendet. Eine breite Straße am Westrand der Waldkolonie nach Süden über die Rheinstraße war geplant. Das hat der Widerstand verdienstvoller Waldkolonisten aber verhindert.

wenn der Wald schon stirbt kann man auch weiter betonieren, Feinstaub gratis dazu. Teilweise ist der Westwald für Erholungsuchende und Freizeitsportler wegen Lebensgefahr gesperrt. Es wird großflächig abgeholzt. Vielleicht bleiben noch ein paar wenige Bäume stehen, die aber in den Kronen schon schwere

Südwest-West-Nordwest-Wind werden Lärm und Schadstoffe in die Wohngebiete getragen. Das ganze ist ein Desaster! Während im feinen Osten Darmstadt biologische Landwirtschaft (ich finde das sehr gut!) stattfinden soll, kann Prärie und Wüste nach Darmstadt-West zurückkehren. Vielleicht kann ein wiederaufge-

Kleine Anfrage Westwald

Mit einer kleinen Anfrage versuchte unsere Fraktion Licht in das Dunkel des Westwaldes zu bringen. Bei Redaktionsschluss lag noch keine Reaktion vor.

Mit der Magistratsvorlage 0244 vom 30.01.2002 wurde von der Stadtverordnetenversammlung das weitere Vorgehen zum Thema Darmstädter Westwald beschlossen. Der Vorlage ist auch die Aufteilung der Gesamtentschädigung durch die Hauptverursacher der Grundwasserentnahme zu entnehmen. Die Magistratsvorlagen 0038/06.01.2003, 0449/24.06.2003 und 0089/26.01.2004 folgten.

1. Das Land Hessen erhielt ca. 4,2 Millionen Euro (FoA Darmstadt: 3,8 Mio. Euro; FoA Groß-Gerau 405.000 Euro) der Entschädigung. Ist bekannt wie diese Mittel eingesetzt wurden? Wurden sie, wie schriftlich fixiert, dem Westwald direkt zukommen zu lassen?
2. Wie ist der Stand der in der Magistratsvorlage 0449 angesprochenen „Baumaßnahme“ ?
3. In der Magistratsvorlage 0089/26.01.2004 wurde beschlossen Mittel in Höhe von 380.000 Euro nach Vertragsabschluss „voraussichtlich im April 2004“ freizugeben. Wie ist der aktuelle Stand?
4. Der momentane Zustand des Westwaldes ist nach wie vor katastrophal. Aufforstungen gab es keine. Wie hat sich der Grundwasserspiegel entwickelt und wann ist mit einer Aufforstung zu rechnen?
5. Welche Maßnahmen plant die Stadt Darmstadt zur Verbesserung der Situation des Darmstädter Westwaldes?
6. Welche Auswirkungen würde die Fortsetzung der B3-Umgehung auf den Westwald haben?

Der Wald wurde aber weiter durch Straßen durchschnitten, für den Durchgangsverkehr ausgebaut und für den Gebäudebau (ESOC und Bosch) geopfert. Ausgerechnet ein „Grüner“ wollte dann als Stadtbaurat auf der ehemals begonnenen Altroute die Weststadt (Waldkolonie) „mit einem kühnen vierspurigen Bogen“ in der schmalen Lücke zwischen Kolonie und Waldfriedhof beglücken. Der feine Herr wohnte nicht in der „Weststadt“ und hatte sich wohl gedacht,



Schäden aufweisen. Es sind jetzt schon große Luftschneisen von den Autobahnen bis zur Waldkolonie entstanden. Bei

forsteter unseren Kindern ein gesundes Darmstadt näher bringen und ihre Lebensqualität wieder verbessern. Denn Kindern in der neuen Weststadt sollte die Stadt Darmstadt bis dahin wenigstens einen Kindergarten spendieren. Vielleicht finden deren Kinder wieder ihr Paradies im aufgeforsteten Westwald.

Norbert Schneider
Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE.DA
Er ist Parteilos

...Fortsetzung von S.2 "Marienplatz"

In Darmstadts Norden sind keine Wohngebiete mehr möglich wegen Fluglärm und Merck. Auf dem Marienplatz dagegen böte sich mal wieder eine satte Möglichkeit, ein eigenes Wohnviertel komplett zu planen mit allen Finessen modernen Bauens und Energieersparnis: Wärmedämmung, Schutz vor Verkehrslärm, ein eigenes Blockheizkraftwerk mit Wärme-Kraft-Kopplung., Fassaden- und Dachbegrünung. Aber wahrscheinlich wird diese

Chance vertan werden fürs schnelle Geld. Weil noch ein Bebauungsplan aussteht, haben wir hierzu einen entsprechenden Antrag gestellt und werden ihn im Falle einer Wiederwahl einbringen.

Siegfried Oettmeier
Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE. DA
Kreisvorsitzender der
Linkspartei DA-DI



Hindenburgstraße

Noch immer geistern die Mythen

Der Beschluss des Beirates für Straßenbenennung dem Magistrat der Stadt Darmstadt die Umbenennung der Hindenburgstrasse zu empfehlen hat einige Reaktionen ausgelöst. Ganze Leserbriefseiten



in der regionalen Presse waren die Folge. So manch konservativer Geist meinte Hindenburg verteidigen zu müssen. Nachfolgender Leserbrief wurde bedauerlicherweise nicht abgedruckt.

Eine Würdigung Hindenburg darf ihn nicht auf seine letzten Jahre reduzieren. Nachdem die Hurra-Patrioten das Ihre dazu getan hatten, Deutschland 1914 in den 1. Weltkrieg zu stürzen, kam die russische Armee schneller in Gang, als es sich die vaterländischen Strategen ausgerechnet hatten. Da kam dem Chef des Generalstabes ein gewisser Erich Ludendorff in den Sinn. Der hatte gleich zu Anfang beim Überfall auf Belgien eines der neun Forts der Festung Lüttich mit dem Säbelknäuel erobert, mit dem er ans Tor klopfte. Dieser Tausendsassa sollte nun in Ostpreußen die russischen Armeen der Generäle Paul von Rennenkampf und Alexander Samsonow aufhalten. Vorgeblich wegen der zu geringen Anzahl der Dienstjahre, wohl eher weil es ihm an blauen Blute gebracht, wurde Ludendorff der seit 1911 im Ruhestand befindliche General Paul von Beneckendorff und von Hindenburg als Vorgesetzter beige stellt. Bei seiner Berufung zum Oberbefehlshaber der 8. Armee erhielt Hindenburg die Weisung, allen Planungen und Kampfanweisungen Ludendorffs keinen Widerstand entgegenzusetzen. Und wieder hatte Ludendorff das Glück auf seiner Seite. Die bessere Aufklärung auch durch

Flugzeuge und einen Zeppelin (eine der Luftschiffhallen aus Allenstein ist in Darmstadt in der Landwehrstraße erhalten), das Entschlüsseln russischer Funkprüche und vor allem die gegenseitige persönliche Feindschaft der russischen Generäle halfen Ludendorff, die überlegenen russischen Armeen nacheinander einzukesseln und zu besiegen. Gemäß Zeitzeugen half ihm Hindenburg durch seine Ruhe (manche nannten es später Dickfelligkeit) und durch sein Charisma, vor allem aber durch markige Ansprachen und überhaupt eine gute PR-Arbeit. Der Respekt verlangt zu erwähnen, dass bei den Schlachten 100.000 russische und deutsche Soldaten verheizt wurden.

Ist schon der Beitrag Hindenburgs ein Mythos, ist es der Name der ersten Schlacht nicht minder. Obwohl Tannenberg eher am Rande der Kampfhandlungen lag, wählte Hindenburg den Namen des Ortes als späte Rache für eine gleichnamige Schlacht im Jahre 1410. Damals war der Deutsche Orden von einem polnisch/litauischen Heer besiegt worden. Nun hatte man "einen neuen slawischen Einbruch mit dem Schwerte abgewiesen".

Hindenburg aber war fortan der "Held von Tannenberg". Die deutsche Kriegspropaganda entfesselte einen Kult um Hindenburg, den "Retter Ostpreußens", den "Russenschreck". Straßen und Plätze wurden nach ihm benannt. In hölzerne Hindenburg-Statuen konnte man bei der Zeichnung von Kriegsangehörigen Nägel einschlagen. Ab dem Jahre 1916 übten Hindenburg und Ludendorff als Kopf der Obersten Heeresleitung eine rücksichtslose, faktische Militärdiktatur aus, in der Kaiser Wilhelm II. nur noch als Marionette erschien. Beide zusammen erfanden noch in der Stunde des militärischen Scheiterns 1918 die „Dolchstoßlegende“, die das Klima in der Republik von Weimar vergiften sollte.

Im Jahre 1925 verhalf der mythische Ruhm Hindenburg ins Amt

des Reichspräsidenten. Hier fiel er durch den Osthilfe-Skandal auf. Auch heute wäre die Geschichte um die Entschuldung seines Gutes Neudeck durch eine Lobby eine Kriminalgeschichte, würde als Vorteilsannahme im Amt bezeichnet. Die Indizien sprechen dafür, dass das beiderseitige Wissen um Details die Machtübergabe an die Nationalsozialisten enorm befördert hat. Der preußische Staatsstreich vom Juli 1932 dürfte dieselbe Wurzel haben, war doch Ministerpräsident Otto Braun ein Befürworter eines Untersuchungsausschusses.

Zum Jahrestag der „Schlacht von Tannenberg“ im August 1933 bekam Hindenburg von Göring eine Urkunde, mit der Domäne Langenau und dem Forst Preußenwald nahe Gut Neudeck als Geschenk.

Es ist also nach wie vor unverständlich warum der Magistrat der Stadt die längst überfällige Umbenennung nicht endlich in Angriff nimmt. Braucht es noch mehr Beweise? Braucht es ein weiteres Auftreten von Nazis, wie in Griesheim geschehen? Gemeinsam gegen Rechts demonstrieren ist das Eine, konkrete Taten das Andere.



Werner Krone
Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE.DA
Mitglied der DKP



Härtefallkommission hat noch nicht entschieden**Familie Gözel aus Darmstadt weiter nur „geduldet“**

Die Situation der Darmstädter Familie Gözel ist nach wie vor im Schwebezustand.

Nachdem Ostern 2005 zahlreiche Dokumente für die neu gegründete Härtefallkommission beim Hessischen Minister des Innern und für Sport zusammengestellt und eingebracht hatte, wurde die Duldung der Familie im 3-Monats-Rhythmus verlängert.

Laut Aussage des Anwaltes der Familie hat sich die Härtefallkommission noch nicht mit dem Fall der Familie Gözel befasst. Es ist nach wie vor nicht abzusehen, wann diese Kommission eine Entscheidung trifft.

Problematisch ist es sicherlich, dass sich die Härtefallkommission durchweg aus Mitgliedern des Petitionsausschusses zusammensetzt, der bekannterweise die Petition zugunsten der Familie schon einmal abgelehnt hat.

Im November 2005 wurde die Duldung bis zum 28.02.2006 verlängert, bei Redaktionsschluss zeichnet sich eine weitere Verlängerung ab.

Dies ist alles andere als ein befriedigender Zustand. Es ist menschenunwürdig eine gesamte Familie im Vierteljahresrhythmus immer wieder mit Abschiebung zu

drohen.

Die Solidaritätsbemühungen müssen fortgesetzt werden. Unsere Fraktion bemüht sich um einen Gesprächstermin mit Oberbürgermeister Hoffmann und der Bundestagsabgeordneten Brigitte Zypries. Bei

Redaktionsschluss

stand noch kein Termin fest. Das Solidaritätskomitee gegen die Abschiebung der Familie Gözel trifft sich weiterhin. Näheres ist bei unserer Fraktion zu erfahren. Nach wie vor notwendig sind Spenden für Anwaltskosten und weitere Aktivitäten.

Deshalb die Bitte:

Spenden Sie auf das Konto des Solikomitees:

Spendenkonto 371571308 bei der Postbank Hannover (Kontoinhaber Rainer Keil) BLZ: 250 100 30

Kennwort: keine Abschiebung.



Karl-Heinz Böck
Mitarbeiter der Fraktion DIE LINKE.DA
Mitglied der Linkspartei

...Fortsetzung von S.1 "Liebe.."

Auf der Liste der Linkspartei - DIE LINKE werden 30 Frauen und Männer aus Linkspartei, WASG, DKP, Gewerkschaften, der Darmstädter Arbeitsloseninitiative GALIDA und anderen linken Gruppen antreten. Den Darmstädter Bürgerinnen und Bürgern soll so eine Alternative zum neoliberalen Mainstream der Hartz IV - Parteien gegeben werden.

Mit der Umbenennung der Fraktion wollen wir auf der einen Seite dieser veränderten politischen Situation Rechnung tragen. Auf der anderen Seite aber auch deutlich machen, dass die zukünftige Fraktion DIE LINKE DARMSTADT an die erfolgreiche Arbeit der Fraktion PDS-DKP/Offene Liste anknüpfen wird.

In den vergangenen fünf Jahren haben wir uns stets bemüht inhaltliche Akzente zu setzen, Themen einzubringen, die ohne uns nicht zu Sprache gekommen wären. Wir knüpften Kontakte zu Bürgerinitiativen und versuchten ihnen Gehör zu verschaffen. Wir machten Front gegen die Folgen der unsozialen Agenda 2010 und der Hartz-Gesetze. Wir setzten uns ein gegen weitere Privatisierung, für mehr Bürgerbeteiligung und Transparenz.

Uns ist vieles gelungen, aber weitem nicht alles.

Mit unserer Fraktionszeitung DARMSTADT LINKS informierten wir, leider nur unregelmäßig und bescheiden, über unsere Arbeit. Wir bekamen dafür von Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern, Lob und auch Kritik. Dafür möchte ich mich bedanken.

Auch in dieser Ausgabe versuchen wir wieder einige Schwerpunkte unserer Arbeit darzustellen. Mehr Informationen, Hintergründe und Originaldokumente gibt es wie gewohnt im Internet oder direkt bei unserer Fraktion. Sprechen Sie uns an!

Ihr
Rainer Keil

Ich habe Interesse an DIE LINKE.DARMSTADT

Name:....., Vorname:.....

Straße:....., PLZ, Ort:.....

Tel.:.....

E-Mail:.....

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos per Post , per Mail

DIE LINKE.Darmstadt
Stadtverordnetenfraktion
c/o Rainer Keil,
Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 Darmstadt
Tel.:06151-66 90 310,
Fax: 06151-66 90 533
E-Mail: info@pds-dkp-old.de

Die Fraktion
DIE LINKE.Darmstadt
im Internet
www.pds-dkp-old.de